

Niederschrift

über die 10. Sitzung des Integrationsausschusses am Montag, dem 04.06.2018 im großen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 18:30 Uhr

Anwesenheit:

CDU-Kreistagsfraktion

Danielczyk, Ralf
Kleerbaum, Klaus-Viktor
Lütkecosmann, Josef
Wenning, Thomas Dr.

SPD-Kreistagsfraktion

Bednarz, Waltraud
Bockemühl, Thomas

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion

/

FDP-Kreistagsfraktion

Zanirato, Enrico

UWG-Kreistagsfraktion

Lunemann, Heinz Jürgen

FAMILIE/DIE LINKE-Kreistagsfraktion

Töllers, Hubert

Beratende Mitglieder:

Schulze Pellengahr, Christian Dr.
Landrat

Gochermann, Josef Prof. Dr.
Vorsitzender Finanzausschuss

Wobbe, Ludger
Vorsitzender Jugendhilfeausschuss

Verwaltung

Schütt, Detlef
Dreier, Bodo
Hölscher, Anja
Schröer, Timo **Schriftführer**

Gäste

Wille, Annika
Issa, Zeinab

Der Ausschussvorsitzende Klaus-Viktor Klerbaum eröffnet die Sitzung des Integrationsausschusses mit Grußworten an die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die eingeladenen Gäste und die Zuhörer.

Sodann stellt der Ausschussvorsitzende fest, dass der Ausschuss

- a) ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 KrO i. V. m. § 41 KrO beschlussfähig ist.

Hr. Dreier bittet darum, den TOP 2 „Präsentation des Programms Griffbereit“ vorzuziehen. Der Ausschuss stimmt diesem Anliegen zu.

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Präsentation des Programms "Griffbereit"
Vorlage: SV-9-1092
- 2 Drei Jahre des Wandels: Chancen und Herausforderungen im Bereich der Integration im Kreis Coesfeld - Teil 2
Vorlage: SV-9-1091
- 3 Sachstand "Kommunale Präventionsketten"
Vorlage: SV-9-1082
- 4 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 5 Anfragen der Ausschussmitglieder

Nichtöffentlicher Teil

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 2 Anfragen der Ausschussmitglieder

Es erfolgen keine Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates sowie Anfragen der Ausschussmitglieder im nichtöffentlichen Teil.

TOP 2 öffentlicher Teil

SV-9-1092

Präsentation des Programms "Griffbereit"

Ausschussvorsitzender Kleebaum stellt den Anwesenden Frau Wille und Frau Issa vor. Beide sind im Programm „Griffbereit“ als Gruppenleitungen tätig. Dieses wird vom KI in Zusammenarbeit mit örtlichen Trägern (Familienbildungsstätten und Sozialdienst katholischer Frauen) angeboten. Detaillierte Beschreibungen des Programms können der SV-9-0869 aus der Sitzung des Integrationsausschusses vom 06.09.2017 entnommen werden.

Zunächst wird ein Film vom Kommunalen Integrationszentrum Dortmund über „Griffbereit“ gezeigt.

Danach werden Frau Wille und Frau Issa vom Ausschussvorsitzenden Kleebaum gebeten, über die praktische Arbeit in den Griffbereit-Gruppen zu berichten.

Frau Wille betont, dass bei „Griffbereit“ nach einem festen Konzept vorgegangen werde. Für jede Gruppenstunde könnten verschiedene Bausteine ausgewählt werden, die den Inhalt der jeweiligen Gruppenstunde vorgeben. Hierbei würden auch die besonderen Interessen und Wünsche der Teilnehmer/innen berücksichtigt.

Die Teilnehmer/innen der einmal wöchentlich stattfindenden Gruppen kämen aus verschiedenen Herkunftsländern. Für viele sei es das erste Mal, dass sie mit dem System der Kinderbetreuung in Deutschland in Form einer „Spielgruppe“ in Kontakt kämen. Den Teilnehmer/innen könne somit unter anderem die Haltung zur Erziehung von Kindern in Deutschland näher gebracht werden. Die Griffbereit-Gruppen stellten auch eine niedrighschwellige Möglichkeit dar, sich an die Strukturen vor Ort zu gewöhnen. Es bestehe ein geschützter Rahmen, in dem die neuzugewanderten Teilnehmer/innen sowohl mit Menschen aus ähnlichen Situationen, als auch mit Deutschen in Kontakt kämen. Schwellenängste könnten somit abgebaut werden.

Der Ausschussvorsitzende Kleebaum bittet die Ausschussmitglieder, ggf. Fragen an Frau Wille und Frau Issa zu richten.

Ktabg. Bednarz fragt, wie die Erstkontakte zu den Teilnehmer/innen zustande kämen.

Frau Wille berichtet, dass in Lüdinghausen Vermittlungen über den AK Asyl vorgenommen würden. Darüber hinaus gäben die Mütter auch untereinander die Informationen weiter. Nicht zuletzt würden die Flüchtlingsfamilien mit kleinen Kindern von Ehrenamtlichen zu Hause besucht. Bei dieser Gelegenheit werde ihnen auch ein Elternbegleitbuch in der jeweiligen Herkunftssprache überreicht. Das Elternbegleitbuch wurde vom Kreisjugendamt erarbeitet und mit Unterstützung des KI in einer Kurzfassung in diverse Sprachen übersetzt. Über diesen persönlichen Kontakt könnten auch Teilnehmer/innen für die Gruppen gewonnen werden.

Ktabg. Wobbe bittet um Auskunft, in welchen Städten und Gemeinden das Projekt aktuell angeboten werde.

Hr. Dreier erläutert, dass es im Kreis Coesfeld aktuell sieben Griffbereit-Gruppen gebe (2 x Rosendahl, Nottuln, Senden, Dülmen, Coesfeld, Ascheberg). Er gehe davon aus, dass in Zukunft weitere Gruppen starten könnten.

Ktabg. Lütkecosmann fragt, inwiefern die Teilnahme an einem Integrationskurs die Teilnahme an einer Griffbereit-Gruppe beeinflusse.

Fr. Wille erklärt, dass die Teilnahme am Integrationskurs in der Regel zum Ausstieg aus der Griffbereit-Gruppe führe, da die zeitlichen Kapazitäten dann nicht mehr vorhanden seien. Insbesondere wenn die Kinder ganztägig in einer KiTa untergebracht seien, stelle sich auch die Frage nach der Sinnhaftigkeit der zusätzlichen Teilnahme an einer Griffbereit-Gruppe.

Ktabg. Wobbe weist darauf hin, dass es in Ascheberg auch vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) angebotene Integrationskurse mit Kinderbetreuung gebe.

Fr. Wille erläutert, dass es große Unterschiede zwischen einer Kinderbetreuung während eines BAMF-Kurses und einer Griffbereit-Gruppe gebe. In einer Griffbereit-Gruppe seien nicht nur die Kinder, sondern auch die Eltern Teil der Zielgruppe und ein Fokus liege auf der Förderung der Muttersprache – dies erleichtere letztendlich auch das Erlernen einer Zweit- und Drittsprache.

Fr. Issa unterstützt Fr. Wille in ihrer Aussage und berichtet aus ihrer Gruppenarbeit in Darfeld. Dort seien Kinder und Eltern aus dem Iran, Irak, Syrien und Deutschland gemeinsam in der Gruppe vertreten. Es käme dadurch zu mehr Kontakt zwischen Deutschen und neuzugewanderten Menschen, gleichzeitig könne auch die Muttersprache gefördert werden. Außerdem gebe es reichlich mehrsprachiges Material mit dem gearbeitet werde.

Fr. Wille ergänzt, dass jede Gruppe vom KI eine Bücherkiste mit individuellem mehrsprachigem Material erhalte. Als Beispiel stellt sie ein Memory „Verben kurdisch-deutsch“ vor. Die Mütter und Kinder würden durch die Gruppen ein besseres Sprachgefühl entwickeln und gleichzeitig in ihrer Herkunft und Kultur bestärkt. Außerdem könnten sie ggf. in weitere reguläre Angebote der Familienbildungsstätten eingebunden werden. Die Angliederung an einen Kindergarten falle im Anschluss an eine Griffbereit-Gruppe ebenfalls leichter.

Ausschussvorsitzender Kleebaum bedankt sich für die Ausführungen bei Frau Wille und Frau Issa. Er fragt, ob von Seiten des Integrationsausschusses etwas getan werden könne, um sie in ihrer Arbeit weiterhin zu unterstützen.

Fr. Wille weist darauf hin, dass die Vernetzung verbessert werden könne. Die Einrichtungen müssten voneinander und von den jeweiligen Angeboten wissen. Die Vielfalt der Angebote sei in einem Landkreis nicht so groß wie in einer Großstadt und deswegen müsse man besonders auf eine Verbesserung der Strukturen und kurze Wege für die jeweilige Zielgruppe hinarbeiten.

Ausschussvorsitzender Kleebaum und Hr. Dreier sichern hier weitere Unterstützung zu.

Ausschussvorsitzender Kleebaum fragt nach der Perspektive für Griffbereit-Gruppen in den nächsten Jahren. Fr. Wille hält die Perspektive grundsätzlich für gut. Es gebe weiterhin viele neuzugewanderte Familien mit Kindern, die von diesem Angebot profitieren könnten. Außerdem sei „Griffbereit“ nicht nur ein Angebot für Geflüchtete, sondern auch für andere Familien

mit und ohne Migrationshintergrund.

Hr. Dreier fragt, ob das KI den Gruppenleitungen noch mehr Unterstützung zukommen lassen sollte. Fr. Wille sagt, sie fühle sich sehr gut vom KI unterstützt. Insbesondere die alle sechs Wochen stattfindenden „Dienstbesprechungen“, in denen auch Fortbildungen (Erste-Hilfe-Kurs, Prävention,...) angeboten würden, seien ein sehr gutes Angebot.

Fr. Wille spricht auch die Wohnsituation einiger Familien an. Diese sei häufig unvereinbar mit dem Kindeswohl. Es gebe beispielsweise in vielen Unterkünften nicht ausreichend Platz und Ruhe, um für die Schule lernen zu können.

Landrat Dr. Schulze Pellengahr führt dazu aus, dass das Thema Wohnungssituation der Geflüchteten, aber auch der Menschen in anderen schwierigen sozialen Lagen, in vielen verschiedenen Gremien, zuletzt in der heutigen Bürgermeisterkonferenz am 04.06.18 besprochen werde. Zum einen seien zum Teil bereits umfangreiche Bauaktivitäten zu verzeichnen, die mittelfristig zu einer besseren Unterbringung führen würden, andererseits gebe es aber auch Situationen, die kurzfristiger verbessert werden müssten. Die Unterbringung sei allerdings primär Aufgabe der Städte und Gemeinden. Der Kreis selbst könne hier nur Anregungen und Best-Practice Beispiele liefern und auf Wunsch der Kommunen koordinierend tätig sein, diesen aber keine Vorgaben erteilen. Er habe aber deutlich den Eindruck gewonnen, dass die zuständigen Stellen in den Kommunen für das Thema sehr sensibilisiert seien und alles Mögliche unternähmen, um die Wohnsituationen der Betroffenen zu verbessern.

Ktabg. Lütkecosmann erwähnt, dass die Geflüchteten auch immer mehr auf den freien Wohnungsmarkt drängen würden, dieser allerdings nur eingeschränkt für sie zugänglich sei. Besonders die Ehrenamtlichen müssten hier viel Vermittlungsarbeit leisten, bei Wohnungsbesichtigungen dabei sein und mit potentiellen Vermietern sprechen. Hier seien weitere Informationen für die Ehrenamtlichen erforderlich. Er könnte beispielsweise die Erstellung eines Merkblatts zur Wohnungsunterbringung von Geflüchteten mit den grundsätzlichen Bedingungen und Regelungen vorstellen.

Dez. Schütt weist darauf hin, dass die Bedingungen und Abläufe für die Wohnungsunterbringung teilweise von Ort zu Ort sehr unterschiedlich seien. Eine allgemeingültige Information müsse dieses berücksichtigen. Er nehme die Anregung des Ktabg. Lütkecosmann aber grundsätzlich gerne auf.

Frau Wille führt als weiteres Problem die besondere Situation von Minderjährigen bei Abschiebungen an. Die Kinder seien fast immer die Hauptleidtragenden. Sie erlebten ihre Eltern hilflos und angsterfüllt, könnten die Situation selbst nicht wirklich nachvollziehen. Zum Teil müssten die Kinder allerdings auch erleben, dass sie von ihren Eltern instrumentalisiert würden, um einer Abschiebung zu entgehen.

LR Dr. Schulze Pellengahr bestätigt, dass die Abschiebung von Familien mit minderjährigen Kindern ein äußerst sensibles Thema sei. Die Mitarbeiter/Innen der Ausländerbehörde seien entsprechend erfahren und achteten besonders auf die betroffenen Kinder, damit diese die Situation möglichst schonend bewältigen könnten. Er werde Frau Willes Hinweis aber gerne aufnehmen, um die Kolleginnen und Kollegen der Ausländerbehörde noch einmal zu bitten, in diesen unvermeidbaren Situationen so einfühlsam wie möglich und besonders verantwor-

tungsvoll vorzugehen.

Die Instrumentalisierung von Minderjährigen zugunsten der Wünsche der Eltern sei auch in anderen Bereichen ein großes Problem, so LR Dr. Schulze Pellengahr. Insbesondere im Jugendamt sei dies bekannt. Auch hier seien die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für dieses Thema hoch sensibilisiert.

Zum Abschluss lobt Frau Wille noch die „kommunalen Präventionsketten“ (siehe auch TOP 3). Dieses Projekt sei ein gutes Beispiel, wie eine weitere Vernetzung der verschiedenen Akteure funktionieren könne.

Ausschussvorsitzender Kleebaum bedankt sich nochmals bei Frau Wille und Frau Issa und betont, dass bei auftretenden Problemen stets das KI kontaktiert werden könne.

TOP 1 öffentlicher Teil

SV-9-1091

Drei Jahre des Wandels: Chancen und Herausforderungen im Bereich der Integration im Kreis Coesfeld - Teil 2

In der letzten Ausschusssitzung am 21.02.2018 konnte die Präsentation nicht abgeschlossen werden, weshalb Herr Dreier diese nun mit aktualisierten Daten fortsetzt.

Hinweis: In der Ausschusssitzung wird nur eine Kurzversion der Präsentation vorgestellt. Die Langversion mit allen aktuellen Daten wurde den Ausschussmitgliedern bereits vor der Sitzung zugesandt.

Die Präsentation aus der Ausschusssitzung ist der Niederschrift beigelegt und kann über das Kreistagsinformationssystem abgerufen werden.

Während der Präsentation wird auf folgende Themen näher eingegangen:

Fit für Mehr:

Ktabg. Wobbe stellt die Frage, ob das Programm „Fit für mehr“ noch laufe und ob es im nächsten Schuljahr wieder aufgelegt werde.

Hr. Dreier erläutert, dass aktuell zwei Klassen in Coesfeld eingerichtet seien, aktuell aber noch nicht klar sei, wie es nach den Sommerferien weitergehe. Dazu fehlten noch Daten der Berufskollegs sowie der Städte und Gemeinden.

Ktabg. Wobbe wünscht sich ein entsprechendes Angebot für den südlichen Teil des Kreises. Die Fahrtstrecken nach Coesfeld seien für die meisten in Frage kommenden Kandidaten aus dem Südkreis zu weit.

Hr. Dreier bestätigt, dass ein Angebot im Südkreis wünschenswert wäre. Dies sei auch angestrebt worden, allerdings müssten die Berufskollegs über Kapazitäten für die Umsetzung verfügen und sich darüber hinaus hier freiwillig engagieren. Letztendlich hätten sich nur Berufskollegs aus Coesfeld bereit erklärt, eine FFM-Klasse einzurichten.

WWU-Projekt

Herr Dreier erläutert über die Inhalte der entsprechenden Vortragsfolie hinaus, dass die Kosten für dieses neue Projekt im laufenden Jahr durch Minderausgaben an anderer Stelle im Haushaltsansatz für das KI gedeckt werden können. Für das Jahr 2019 müsste absehbar allerdings ein Haushaltsansatz für ca. 10.000.-- € eingeplant werden. Auch wenn an dieser Stelle den Haushaltsberatungen zum Ende des Jahres auf keinen Fall vorgegriffen werden sollte würde sich Herr Dreier über ein Signal aus dem Integrationsausschuss hinsichtlich der Förderwürdigkeit des WWU –Projekts freuen.

Ktabg. Lütkecosmann merkt an, dass der Einsatz von Ersatzlehrkräften, also beispielsweise Lehramtsstudenten, an Münsters Schulen vom Land bezahlt werde. Man könne möglicherweise auch bei diesem Projekt die Bezahlung der eingesetzten Lehramtsstudenten über das Land ermöglichen.

Frau Hölscher weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Schulen unter Umständen Ersatzlehrkräfte für nicht besetzte Stellen einsetzen könnten, diese dann aber verpflichtet seien, regulären Unterricht in den jeweiligen (studierten) Fächern zu übernehmen. Bei dem geplanten Projekt werde kein regulärer Unterricht ersetzt, sondern ein zusätzliches Angebot geschaffen. Die Studenten würden dabei eng begleitet und in einem Vorbereitungsseminar für ihren Einsatz geschult.

Grundsätzlich unterstützen die Ausschussmitglieder geschlossen das geplante Vorgehen der Verwaltung hinsichtlich des WWU-Projekts.

Nähe und Distanz

Im Kontext des Themas „Nähe und Distanz“ im Bereich Ehrenamt äußert Ktabg. Lütkecosmann, dass die häufig bestehende „Distanz“ bei hauptamtlich tätigen Akteuren ebenso ein Problem sei, wie die teilweise zu große „Nähe“ bei Ehrenamtlichen. Bei der ohnehin schon tiefsitzenden Angst vieler Geflüchteter gegenüber Behörden und Ämtern auf Grund der Erfahrungen im Herkunftsland würden verschiedene Faktoren den Kontakt mit Behörden noch weiter erschweren. Hierzu zähle der teilweise schlechte Zugang, komplizierte Zuständigkeitsregelungen, zu kurze Sprechzeiten und abweisendes Verhalten der Mitarbeiter/innen. Im Verlauf der letzten Jahre seien viele Personen in diesem Bereich eingestellt worden, die teilweise allerdings selten bis nie zuvor Kontakt zu geflüchteten Menschen gehabt hätten.

Hr. Dreier antwortet, dass man sich im KI bereits mit diesem Problem auseinander gesetzt habe. Es seien auch bereits Angebote zur interkulturellen Sensibilisierung aufgelegt worden. Die drei Jugendämter im Kreis, Vertreter der Wohlfahrtsverbände und der Flüchtlingsbetreuer der Städte und Gemeinden hätten das Angebot genutzt. Bei anderen Behördenmitarbeitern seien die Angebote allerdings auch auf Desinteresse gestoßen. Das KI werde die interkulturelle Öffnung der Institutionen in Zukunft aber noch mehr in den Fokus nehmen.

LR Dr. Schulze Pellengahr bestätigt grundsätzlich die Aussage von Herrn Lütkecosmann. Er gibt aber auch zu bedenken, dass auf Seiten der Geflüchteten und deren ehrenamtlicher Un-

terstützer teilweise eine extrem hohe Anspruchshaltung gegenüber Behörden festzustellen sei. Die persönlichen Anliegen würden gelegentlich als die wichtigsten oder nur mit geringem Arbeitsaufwand zu erledigenden Aufgaben der Behörde eingeschätzt während die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter der Verwaltung aber grundsätzlich nachvollziehbar gerecht vorgehen müssten und zwar unabhängig davon, ob der betroffene Bürgerinnen und Bürger neuzugewandert seien oder nicht. Zudem weist LR Dr. Schulze Pellengahr darauf hin, dass zwar vielerorts personelle Kapazitäten ausgeweitet worden seien, die Neueinstellungen allerdings Wartezeiten auch nicht überall verhindern könnten.

„KI vor Ort“

Hr. Dreier erläutert auf die Frage von Ktabg. Wobbe, dass „KI vor Ort“ in allen Kommunen des Kreises angeboten werden solle, sofern die jeweilige Stadt oder Gemeinde dies auch wünsche. In vielen Gemeinden sei es auch bereits angelaufen.

Ktabg. Bednarz hält die Bezirksaufteilung und die Sprechstunden vor Ort für eine sehr gute Idee. Sie äußert ihre Verwunderung darüber, dass dieses in anderen KIs nicht praktiziert werde.

Sprachmittlerpool

Ktabg. Bednarz fragt, ob der aktuelle Bedarf durch den Sprachmittlerpool des KIs gedeckt werden könne. Hr. Dreier antwortet, dass es bisher (fast) keine Absagen gegeben habe. Dies sei nur dadurch möglich, dass auch aus Kreismitteln finanzierte professionelle Dolmetscherinstitute beauftragt werden könnten.

Er führt weiter aus, dass die Auslegung der Richtlinien für den Einsatz von Dolmetschern seitens des Landes NRW weiterhin sehr eng gefasst sei, weshalb die meisten KI einen Großteil der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel in 2018 wohl nicht abrufen könnten. Kurzfristig könne an dieser Stelle auch nicht mit einer Änderung gerechnet werden. Daher sei es weiterhin erforderlich, professionelle Dolmetscherinstitute aus Kreismitteln zu bezahlen. Die Kosten hierfür würden im Laufe des Jahres höher ausfallen, als die im Haushalt angesetzten 20.000 €. Dies könne jedoch durch Einsparungen an anderen Stellen ausgeglichen werden.

Die Ausschussmitglieder äußern hierfür ihr Einverständnis.

TOP 3 öffentlicher Teil

SV-9-1082

Sachstand "Kommunale Präventionsketten"

Dez. Schütt erläutert, dass es die „Kommunalen Präventionsketten“ mittlerweile seit 500 Tagen gebe. Er erinnert daran, dass es bei diesem Projekt unter anderem darum gehe, Res-

sourcen zu bündeln und Parallelstrukturen zu vermeiden. Es sollten keine neue Leistungen generiert, sondern bestehende Angebote optimiert werden.

Zur Struktur der Umsetzung der Kommunalen Präventionsketten führt Dez. Schütt aus, dass eine Steuerungsgruppe sich um die strategische Zielsetzung kümmere und eine Planungsgruppe die die konkrete Planung der Arbeitsschritte übernehme. Mittlerweile sei der Entwurf eines Präventionsleitbildes mit drei strategischen Zielen sowie Teilzielen und Meilensteinen erarbeitet worden. Gemeinsam werde aktuell mit der Fachstelle für sozialraumorientierte Armutsbekämpfung (FSA) darüber nachgedacht, ob ein kleinräumiges Präventionsmonitoring aufgelegt werden solle, um den Einsatz zur Verfügung stehender Mittel noch zielgerichteter einzusetzen. Zur Erprobung und als Vorbereitung für die Bürgermeisterkonferenz werde aktuell mit der Stadt Billerbeck eine kleinräumige Aufteilung in vier Stadtbezirke aufgestellt.

Kleinräumige Sozialraumanalysen - so Dez. Schütt – stellten auch teilweise eine Voraussetzung für die Akquirierung von Fördermitteln aus Bundes- und Landesprogrammen dar. Auch in einem insgesamt gut aufgestellten Landkreis wie dem Kreis Coesfeld existierten weniger gut aufgestellte Sozialräume. Diese gelte es zu identifizieren.

In der Jobcenter- und Sozialamtsleitertagung am 14.06.2018 werde die in der Ausschusssitzung vorgelegte Sitzungsvorlage sowie das sozialräumliche Monitoring am Beispiel der Stadt Billerbeck vorberaten.

Für das Projekt habe man Fördermittel erhalten, die zum Teil auch für die Entwicklungskonferenz eingesetzt würden. Das Thema „Haltung“ solle auf der Konferenz eine besondere Rolle einnehmen.

TOP 4 öffentlicher Teil

Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates

LR Dr. Schulze Pellengahr informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass es bei Übernachtungen in Kindertagesstätten zum Abschluss des Kindergartenjahres aktuell vereinzelt zu baurechtlichen Bedenken gekommen sei.

TOP 5 öffentlicher Teil

Anfragen der Ausschussmitglieder

In der letzten Sitzung des Integrationsausschusses am 21.02.2018 wurde von Ktabg. Lütkecosmann die Frage gestellt, ob es Sinn mache, die freiwillige Ausreise von abgelehnten Asylbewerbern mit zusätzlichen Kreismitteln zu unterstützen. In einigen Kreisen gebe es bereits eine solche zusätzliche Unterstützung.

Herr Dreier führt aus, dass eine Förderung der freiwilligen Ausreise aus Kreismitteln im näheren Umkreis lediglich im Kreis Warendorf erfolge. Dort seien 80.000 € für die Förderung der freiwilligen Ausreise von Asylbewerbern aus sicheren Herkunftsländern in den Haushalt eingestellt worden.

Zudem führt Herr Dreier aus, dass zwischenzeitlich ein Treffen mit Vertretern der Rückkehrberatung der Arbeiterwohlfahrt und des Deutschen Roten Kreuzes, der Ausländerbehörde und des KI des Kreises stattgefunden habe. Die Rückkehrberater wünschten sich ebenfalls zusätzliche Unterstützung. Sie gingen davon aus, dass insbesondere für kranke Menschen und für schulpflichtige Kinder gewisse garantierte Unterstützungsleistungen (z.B. Medikamentenvorräte, Schulmaterial) im Herkunftsland die Entscheidung zu einer freiwilligen Rückkehr erheblich erleichtern würden.

Ktabg. Dr. Wenning bedankt sich bei der Verwaltung für Beantwortung der Anfrage aus dem Ausschuss, weist aber auch darauf hin, dass dieses grundsätzlich kein Thema für den Integrationsausschuss sei. Die Entwicklung mit der gerade neu eröffneten zentralen Ausländerbehörde solle abgewartet werden, da diese für einen großen Teil der Rückführungsmaßnahmen zuständig sei. Dies schließe auch die freiwillige Rückkehr mit ein.

Kleerbaum
Ausschussvorsitzender

Hölscher
stellv. Schriftführerin